

Wir.
Politik, Beteiligung, Cyberspace
(Informatik und Gesellschaft, WS 2008/09)

1. Einleitung und Motivation

In einer VU wie dieser sind sehr viele Perspektiven mit unterschiedlichem Abstraktionsgrad möglich, aus welchen man Informatik und Gesellschaft betrachten kann, doch im Großen und Ganzen beschäftigen sie sich mit zwei Fragen:

a.) Welche Auswirkungen haben die Errungenschaften der Informatik für die Gesellschaft? Dadurch ist vorausgesetzt: Es gibt in der Luft schwebende Technologien der Informatik. Welchen Einfluss haben Sie auf die Strukturen der Gesellschaft?

b.) In welcher Form steckt hinter dem Entstehen und der Verwendung, von Technologien eine gesellschaftliche Antriebskraft? Hierbei ist vorausgesetzt: Die Gesellschaft kann z.B. durch Fördergelder oder soziale Anerkennung völlig willkürlich bestimmen, welchen Lauf die technologische Entwicklung nimmt. Wie bestimmt sie ihre Selektionsmechanismen?

Beide Fragen haben ihre Berechtigung und ergänzen sich gegenseitig.

Zur Wahl des Vortragstitels

Ich habe mit der Wahl meines Vortragstitels der nun folgenden Thematik sehr lange gerungen.

1. „Kontrollaspekte im Internet“:

Der erste Arbeitstitel „Kontrollaspekte im Internet“ war negativ konnotiert und man konnte sich vorstellen, zu welchem Ergebnis meine Recherchen gekommen wären (Bei dem Vortrag „Der gläserne Mensch“ kam dieser Bereich sehr gut zur Geltung). Ich wollte aber etwas unbefangener in den Themenbereich hineingehen und nicht nur diesen Aspekt von gesellschaftlichen Auswirkungen beleuchten, obwohl dieser Aspekt in allen folgenden Erörterungen aufgegriffen werden kann (und an einigen Stellen auch aufgegriffen wird).

2. „Politische Beteiligung im Cyberspace“:

Darum wählte ich als Nächstes den Titel „Politische Beteiligung im Cyberspace“. Leider sind hier drei Schlagworte (Politik, Beteiligung, Cyberspace) enthalten, die die Thematik unter Umständen verschleiern könnten. Nach ersten Recherchearbeiten kam ich zu dem Schluss, dass die beiden obigen Fragen nicht nur aus theoretischem Interesse heraus wichtig sind, sondern dass sie vor allem für die Allgemeinheit, für jeden Bürger von großer Relevanz sind. Datenschutzskandale, Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner aber auch Social Networking, Blogging, geistiges Eigentum, Open Source, Geo-Tagging sind Themen, die durch die breite Nutzung des Internet (gerade unter Berücksichtigung des „digital divide“) für die Öffentlichkeit(en) wichtig werden. Und erst dadurch werden sie für die Politik relevant.

3. „Wir.“:

Deswegen habe ich meinen Titel auf ein schlichtes „Wir.“ reduziert. Es geht vor allem darum, dass Menschen (ob Informatiker oder nicht) durch das Internet neuen Chancen aber auch potentiellen Gefahren ausgesetzt sind. Die drei Schlagwörter „Politik, Beteiligung, Cyberspace“ sind nun im Untertitel untergebracht, um den Kontext abzustecken. Was es mit dem „Wir“ auf sich hat, wird im Laufe des Vortrags noch zu erörtern sein.

Methodologische und Terminologische Bemerkungen:

Es ist immer schwierig, relevante Bewegungen in aktuellen gesellschaftlichen Tendenzen zu bemerken, weil einem die nötige Distanz und der Kontrast zu anderen Gegebenheiten fehlen. Man ist selbst gefangen in seinen alltäglichen Beschäftigungen. In diesem Vortrag möchte ich es trotzdem versuchen. Vor allem in Literatur, Musik und intellektuellen Debatten aber auch in ganz alltäglichen Gesprächen finden sich für gewöhnlich Hinweise, was „uns“ heute tendenziell interessiert oder emotional bewegt. Ich möchte kursorisch einige Fallbeispiele, staatliche und überstaatliche Initiativen, Romane, Debatten, etc. vorstellen, die mir im Laufe der Recherche untergekommen sind und die einen Einblick in das geben, was „uns“ momentan beschäftigt.

Wir und die Anderen:

Was mit „uns“ oder „wir“ gemeint ist, ist eine sehr schwierige Frage. In erster Linie sind damit wir als Informatiker in dieser VU gemeint; eine Abstraktionsstufe höher sind wir Studenten; im allgemeinsten Sinne sind wir Menschen des Abendlandes. Jedenfalls geht es um eine Gemeinschaft und damit um soziale Prozesse. Das Problem wenn man einen solidarischen Ausdruck wie „Wir“ verwendet ist bekannt: Er grenzt aus. Was ist mit „den Anderen“? Diese Ausgrenzung führt direkt in ein bestimmtes Verständnis von Politik:

Politik:

Carl Schmitt, ein Jurist und politischer Philosoph des 20. Jahrhunderts, versuchte in seinen Werken die These zu belegen, dass Politik und Staatenbildung immer auf einer Freund/Feind-Unterscheidung aufbauen. Schmitt geht davon aus, dass die Menschen sowohl zum Guten als auch zum Bösen fähig sind, und es darum notwendigerweise zu Feindschaften kommt.¹ Nach Carl Schmitt ist genau der Bereich, in dem zwischen Freund und Feind unterschieden wird, Politik. Innerhalb eines Staates oder Staatenbundes findet für ihn keine Politik statt, sondern nur Begleiterscheinungen/Nebeneffekte. Als für die Politik relevante Feinde werden nicht die privaten sondern die öffentlichen Feinde betrachtet. Um den Staat oder Staatenbund aufrecht zu erhalten, müssen die sozialen Prozesse, in denen Menschen sich miteinander verbinden oder trennen - unterhalb der Schwelle der öffentlichen Feindbildungen stattfinden, sonst löst sich die Ordnung des Staates oder Staatenbundes auf; es kommt zu Krieg oder Bürgerkrieg.

Die wichtigen Botschaften, die ich daraus herauslese, sind:

- **Ein Großteil der real existierenden politische Ordnungen definiert sich ihren Feind.** Diese These ist provokant und wird bis in heutige Diskurse (zum Beispiel in Bezug auf die Guantanamo-Gefängnisse, in der Menschen außerhalb der Ordnung des internationalen Rechts unter schlimmsten Bedingungen gefangen gehalten werden) in Anspruch genommen. Darüber hinaus gab es Anstrengungen, wie dieses Prinzip der Freund/Feind-Unterscheidung unterlaufen werden kann, was der französische Philosoph Jacques Derrida in „Politik der Freundschaft“ versucht.²

¹ vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Schmitt#Schmitt_als_politischer_Denker (26.12.2008). Alle weiteren Ausführungen in diesem Absatz beziehen sich auf diesen Artikel.

² vgl.: Zeillinger, Peter: Nachträgliches Denken. Skizze eines philosophisch-theologischen Aufbruchs im Ausgang von Jacques Derrida. Münster: Litt, 2002, Fußnote 299 : „[Derrida widmet sich] im Mittel des Buches einer ausführlichen kritischen Lektüre der Freund-Feind-Unterscheidung bei Carl Schmitt, die - wider alle gegenteiligen Beteuerungen - bis heute das politische Denken des Abendlandes bestimmt. Eine genaue Lektüre dieses Buches [...] wird herausarbeiten können, daß es gerade jene von Carl Schmitt so eindrücklich systematisierte Unterscheidung ist, die es sowohl philosophisch wie politisch zu überwinden gilt. Anhand des innerhalb des Buches formulierten "Epitaphs" (Grabschrift) auf das Denken Schmitts und der in den letzten Kapiteln entwickelten anderen politischen Orientierung unter Wahrung eines mit dem Ansatz von E. Levinas vergleichbaren *Alteritätsbegriffes* könnte die [...] Zukunftsperspektive und politische Relevanz des Derridaschen Denkens herausgearbeitet werden.“

- **Soziale Prozesse gehen der Politik, dem Staat und der Verfassung voraus und können diese verändern.**

Herkunft und Bedeutungen des Wortes Politik:

Der obige Politikbegriff ist ein Spezieller. Schlägt man in Metzlers Philosophie Lexikon nach³, findet man die griechische Wortherkunft als auch verschiedene Bedeutungsebenen.

Im Allgemeinen ist das Wort Politik mit zwei griechischen Termini verbunden:

- Das Wort *politika* bedeutet soviel wie bürgerliche Angelegenheiten.
- Der Terminus *politike episteme*, bezeichnet die Wissenschaft von den politika.

Die drei Bedeutungsebenen, die sich dem Lexikoneintrag nach unterscheiden lassen, sind folgende:

- Der Begriff „Politik“ summiert Handlungen, die sich um die Ordnung und Willensbildung in einem Gemeinwesen drehen. Diese Handlungen können von staatlichen Organen, aber auch von Individuen, Gruppen oder Organisationen vollzogen werden.
- Politik im Sinn von „Firmenpolitik“, wo Ordnungstätigkeiten für eine bestimmte Gruppe betrieben werden.
- Politik im Sinn von Strategien, die eine einzelne Person verfolgt.

Ziele und Intentionen

Da nun die Begriffe grundlegend geklärt sind, ist es an der Zeit, zum eigentlichen Thema des Vortrags zu kommen. Anhand von Fallbeispielen, Initiativen, Literatur und Debatten möchte ich versuchen zu erörtern, ob Politik im Cyberspace Aussicht auf Erfolg haben kann, wobei Politik im etymologischen Sinn von „bürgerliche Angelegenheiten“ verstanden wird, wodurch der Bezug zu „uns“ und zum Thema Beteiligung wieder hergestellt ist. Es geht mir aus einer High-Level-Sicht darum zu zeigen, dass alle diese Begriffe (Politik, Beteiligung, Cyberspace, Wir) ihre Grundlage in sozialen Prozessen haben, wenngleich sich in allen bestimmte Organisationsformen oder andere Strukturen entwickelt haben.

Ich bin diesen Umweg der methodischen Ausführungen gegangen, weil die Gefahr besteht, sich entweder vom Internet-Aktionismus mitreißen zu lassen oder von vornherein Vorbehalte gegenüber den Bewegungen zu haben, die durch die Schlagwörter „Demokratisierung des Web“, „e-Government“, „Blogging“, „e-Partizipation“, etc. umrissen werden können. Durch die verschiedenen Aspekte, die ich im Folgenden vorstellen werde, kann sich jeder selbst ein Bild von den aktuellen Tendenzen und Vorhaben machen. Dass Politik aber etwas mit „uns“ (also den sozialen Prozessen) zu tun hat, und dass diese Verbindung gelegentlich erneuert werden muss um Machtmissbrauch zu verhindern, dieser Anspruch ist meiner Ansicht nach gerechtfertigt. Ich baue den roten Faden, der sich durch die vielfältigen Einzeldarstellungen anhand von Beispielen zieht, auf dieser Voraussetzung auf.

2. Fallbeispiele, Initiativen und Debatten

Ist-Stand-Analyse Deutschland: Nutzen Politiker das Internet?

³ vgl.: Metzler Philosophie Lexikon. Begriffe und Definitionen. 2. Aufl. Hrsg. von P.Prechtl und F.-P. Burkard. Stuttgart, Weimar: Metzler, 1999, S. 453

Der offensichtlichste Zugang zu dem Themenbereich ist zu fragen, ob und wie Politiker das Internet aktuell verwenden, um z.B. Kontakt mit dem Bürger herzustellen oder um Wahlkampf zu führen. Dazu gibt es bereits Studien.

Eine Kurz-Studie (mit quantitativer Analyse) kommt aus Deutschland von newthinking communications GmbH⁴. Die Daten sind von September 2008⁵. Dort wird die Frage gestellt, welche Online-Aktivitäten die einzelnen Parteien in Deutschland aufweisen. Das Ergebnis ist, dass sich zwar vereinzelt Aktivitäten in Twitter, StudiVZ, Xing, etc. finden, dass aber von einer „strategische[n] Ausrichtung in Hinblick auf die kommende Bundestagswahl [...] bislang wenig zu spüren“⁶ ist.

Obama und das Netz

In der letzten Studie ging es noch nicht um Beteiligung der Netzgemeinde im politischen Entscheidungsfindungsprozess, sondern nur um eine Verlängerung des Wahlkampfes in den Cyberspace ohne Veränderung der Art und Weise, wie Politik geschieht.

In den USA sieht die Vision etwas anders aus. Obama hat seinen Wahlkampf durch Spenden der Netzgemeinde finanziert, eine riesige Mailingliste von ca. 13 Millionen US-Bürgern aufgebaut und plant nun, durch seine Website change.gov das Netz zum Regieren zu benutzen.⁷ Bereits vor der Amtseinführung wurden die US-Bürger gebeten, Vorschläge für eine neue Gesundheitspolitik einzureichen. Die besten Vorschläge wurden dann vom künftigen Gesundheitsminister Tom Daschle per Videobotschaft beantwortet. Ein bisschen schaudert es einen jedoch schon, wenn man folgende Zeilen liest: „Klar ist bereits jetzt, dass der künftige US-Machthaber eine riesige Datenbank mit detaillierten Angaben zu seinen Anhängern (und der US-Wählerschaft an sich) zur Verfügung haben wird – und diese wohl auch nutzen dürfte. Die Datenbasis wurde im Wahlkampf gesammelt, dort erstmals erfolgreich eingesetzt und enthält unter anderem Angaben über die politischen Ansichten einzelner Bürger und eventuell bereits geleistete Freiwilligeneinsätze für das Obama-Team.“⁸

Die angesprochene Datenbank mit Informationen über politische Aktivitäten birgt auch die Gefahr einer Überwachung oder einer Benachteiligung jener Leute, die sich nicht bei Obamas Aktionen engagiert haben. Eine womöglich gut gemeinte Kampagne könnte zu implizitem Beteiligungszwang führen.

Die transparente Gesellschaft

Um solch dystopische Szenarios zu vermeiden, kommt ein Vorschlag von John Gilmore.⁹ In einem Vortrag im Rahmen des 25. Chaos Communication Congress (25C3) tritt der

⁴ vgl.: <http://www.newthinking-communications.de/> (28.12.2008). Diese Organisation hat unter Anderem im Auftrag der Grünen Plattformen auf Basis von Open Source entwickelt.

⁵ vgl.: <http://netzpolitik.org/2008/2-kurzstudie-politik-im-web-20-in-deutschland/> (28.12.2008)

⁶ Zwischen Strategie und Experiment: Politik im Web 2.0. Online im Internet: <http://netzpolitik.org/wp-upload/20081103-kurzstudie-politik-im-web-2-auflage21.pdf>, S. 15 (28.12.2008)

⁷ vgl.: <http://www.heise.de/newsticker/Der-neue-US-Praesident-will-das-Web-zum-Regieren-nutzen--/meldung/120310> (28.12.2008)

⁸ <http://www.heise.de/newsticker/Der-neue-US-Praesident-will-das-Web-zum-Regieren-nutzen--/meldung/120310> (28.12.2008)

⁹ vgl.: <http://www.heise.de/newsticker/25C3-Krypto-Aktivist-John-Gilmore-liebaeugelt-mit-der-transparenten-Gesellschaft--/meldung/120941> (28.12.2008)

Internetaktivist dafür ein, dass die Entscheidungen, die die Regierungen treffen, transparent gemacht und von den Bürgern kontrolliert werden sollten.

Es soll also die Überwachung selbst überwacht werden. Gilmore bezieht sich damit auf das Buch "Die transparente Gesellschaft" von David Brin (1998), das er vor 10 Jahren noch kritisierte. Der Gesinnungswandel resultiert aus der Einsicht, dass man die Überwachung innerhalb der Gesellschaft nicht mehr gänzlich stoppen kann. Man würde aber Macht- und Überwachungsmissbrauch besser verhindern können, wenn die Überwachung transparent wäre. Was nun konkret anzupacken ist, beantwortet Gilmore in seinem Vortrag nicht, da er selbst am 25C3 sei, um zu lernen.

Ich werde nun drei Beispiele vorstellen, die nach meinem Dafürhalten in die obige Richtung gehen und versuchen, Überwachungstendenzen bzw. allgemeiner politische Entscheidungen transparent zu machen.

Beispiel 1: Weltkarte der Überwachung

Privacy International veröffentlicht jährlich statistische Daten zu Überwachungsaktionen in den verschiedenen Staaten der Erde.¹⁰ Eine eindrucksvolle, interaktive Darstellung dieser Daten stammt von Raul Mandru und Tim Gatzky.¹¹ Die Beiden konzipierten und programmierten eine Weltkarte der Überwachung, die man per Handy interaktiv navigieren kann. Zu den verschiedenen Überwachungsaktionen erhält man auf Knopfdruck Kurzbeschreibungen. Falls man an einem Standort ist, wo man per Kamera überwacht wird, kann man sich in die Überwachungskamera einklinken und sich selbst beim Beobachten beobachten.



Abbildung1: Screenshot der Weltkarte der Überwachung.
Quelle: <http://netzpolitik.org/wp-upload/ueberwachungskarte1.png>

Beispiel 2: Volle Transparenz für gespeicherte Daten

Skandale zum Thema Datensicherheit häufen sich. Ein Vorschlag von Frank Rieger vom CCC (Chaos Computer Club) dazu lautet, dass jedes Unternehmen (und jede staatliche Institution), das/die eine gewisse Anzahl an personenbezogenen Datensätzen speichert, per EU-Gesetz (oder sogar international) dazu verpflichtet werden soll, jedem Betroffenen per Post eine Benachrichtigung zu schicken, in der bekannt gegeben wird, welche Daten gespeichert sind.¹²

¹⁰ vgl.: <http://netzpolitik.org/2008/the-2007-international-privacy-ranking/> (28.12.2008)

¹¹ vgl.: <http://netzpolitik.org/2008/installation-die-weltkarte-der-ueberwachung/> (28.12.2008)

¹² vgl.: <http://frank.geekheim.de/?p=435> (28.12.2008) Im Übrigen kommt ein ähnlicher Vorschlag auch von Constanze Kurz, einem weiteren Mitglied des CCC am 25C3: vgl.: <http://www.heise.de/newsticker/25C3-Pauschale-Entschaedigung-fuer-Datenpannen-gefordert--/meldung/120943>

Die Daten sollen nur weiterspeichert werden, wenn eine positive Rückmeldung kommt. Ansonsten werden sie gelöscht. Bei Verstoß gegen diese Verpflichtung werden saftige Strafen verhängt.

Es handelt sich bei diesem Vorschlag sozusagen um eine proaktive Mitteilungspflicht. Dabei verstecken sich sicher einige rechtliche, organisatorische sowie ökonomische Probleme: Wer überprüft das und wie? Wie dokumentiert man das? Kostet ein Brief nicht zuviel? In jedem Fall ist er ein weiteres Beispiel für Transparenz – diesmal im Bereich der Datenhaltung.

Beispiel 3: Abgeordnetenwatch.de

Das letzte Beispiel mit Bezug auf eine „transparente Gesellschaft“ deckt den allgemeinen Aspekt ab, in dem nicht nur die Überwachung sondern politische Entscheidungen an sich transparent und hinterfragbar gemacht werden sollen. Die Rede ist von der deutschen Plattform Abgeordnetenwatch.de. „Die Idee ist einfach: Bürger finden auf der Plattform ihre Abgeordneten und können Fragen stellen. Im Gegensatz zu eMails und Briefen, sind diese Fragen offen zugänglich und die Kommunikation ist damit transparent für alle nachvollziehbar. In der Regel antworten die Abgeordneten mittlerweile auch. Zumindest 93% der Bundestagsabgeordneten nutzen mehr oder weniger freiwillig die Plattform zum Bürgerdialog.“¹³

Die privaten Betreiber planen, die Plattform auch für andere Länder (z.B. Österreich) anzubieten, sofern man genügend Spendengelder auftreiben kann. Interessant wird es, wenn solche Plattformen von der öffentlichen Hand finanziert und betrieben werden. Ich sehe in diesem Konzept vor allem im regionalen Bereich (aber auch auf europäischer Ebene, um den Bürgerkontakt zu forcieren) Zukunftschancen, da die Bürger ohne viel Aufwand Fragen zu konkreten Problemen stellen können. Darüber hinaus hat es auch etwas für sich zu beobachten, ob der Abgeordnete, den man gewählt hat, sich so verhält, wie er es angekündigt hat.

Beteiligung

Bislang wurde über Politik, Transparenz und Cyberspace gesprochen. Der Aspekt der Beteiligung zeigte sich zum ersten Mal bei abgeordnetenwatch.de. In einem Interview mit Michael Remmert, dem Leiter des Forums für die Zukunft der Demokratie im Europarat¹⁴ drückt sich die Hoffnung aus, der Politikverdrossenheit mit neuen Technologien und Plattformen entgegenzuwirken.¹⁵ Doch die Vision des politisch voll informierten und an demokratischen Prozessen teilnehmenden Bürgers ist umstritten und wird oft als zu utopisch eingeschätzt. Selbst wenn die Beteiligung durch das Netz einfacher gestaltet werden kann, wird sich die Anzahl der aktiv an Politik teilnehmenden nicht so schnell ändern. Markus Bechedahl, Gründer von Netzpolitik antwortet in einer WDR-Radiosendung auf die Frage, ob in Blogs und Diskussionsforen eine neue Form von Demokratie entsteht:

„Die Diskussionsforen bilden im Prinzip nur das ab, was in der Gesellschaft da ist. Man sollte nicht annehmen, dass in unserer Gesellschaft Millionen Menschen hochintellektuelle

¹³ <http://netzpolitik.org/2008/netzpolitik-podcast-061-abgeordnetenwatchde/> (28.12.2008)

¹⁴ vgl.: http://www.coe.int/t/dc/files/themes/forum_democratie/default_DE.asp (29.12.2008). Auf der Homepage finden sich Kongressdokumentationen auch des letzten Kongresses, der vom 15.10 bis 17.10.2008 in Madrid stattfand und der unter Anderem etwas vage Prinzipien zur europaweiten Förderung von E-Demokratie formuliert hat. Dazu vgl.: http://www.coe.int/t/dc/files/source/concl_final_madrid08_en.doc (29.12.2008)

¹⁵ vgl.: http://www.breitband-online.de/index.php?id=home&no_cache=1&thema_id=419&run_mode=thema (29.12.2008)

Debatten führen können. Politikwissenschaftler gehen von 2-4% der Bevölkerung aus, die wirklich an Politik interessiert ist und diese Debatten überhaupt führt. Natürlich werden politische Debatten schon immer auch am Stammtisch geführt. Im Internet sieht man eher, wie diese Stammtischdiskussionen auf einmal sichtbar werden. [...] Das führt nicht unbedingt zu einer höheren Qualität – wie immer man Qualität in der politischen Diskussion definieren will – aber es ist zunächst einmal recht gut, dass es so einen egalitären Zugang gibt; dass also schlichtweg jede Stimme sichtbar wird.“¹⁶

Dieser Interviewbeitrag fügt sich gut in den Punkt der „transparenten Gesellschaft“. Die Transparenz von Stammtischdiskussionen kann als Stimmungsparameter des Landes nützlich zur Entscheidungsfindung sein. Das setzt voraus, dass das Internet weiterhin egalitär (Stichwort: Netzneutralität) und außerdem relativ unkontrolliert bleibt, sodass die Identifikation der Teilnehmer der Stammtischdiskussionen nicht unmittelbar möglich ist. Außerdem muss es strikte Richtlinien zum Thema Datensicherheit geben. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, dann können Meinungen und Positionen der Bürgerinnen direkter als durch Meinungsumfragen an die Repräsentanten kommen. Dadurch ist strukturell die Chance gegeben, dass es zu einer direkteren Form von Demokratie kommt, was jedoch keine Garantie für eine reale Verbesserung darstellt.

Das Potential von Open Source

Mit Bezug auf Softwareentwicklung

Das Phänomen der Open Source-Bewegung, das sehr viel mit Beteiligung zu tun hat, untersucht in Wien unter Anderem Prof. Herbert Hrachovec in seiner Vorlesung „Open Source Philosophie“.¹⁷ Er fragt sich zunächst einmal: Warum machen die Leute das? Warum entwickeln sie in gemeinschaftlicher Arbeit eine Software, für die man sie auch bezahlt hätte? Eine einfache Antwort ist, dass die Motivation durch Anerkennung funktioniert: Ähnlich wie bei einem Gespräch unter gleichberechtigten Wissenschaftlern, in dem der eine dem anderen von seinem aktuellen Problem mit seiner Forschung erzählt. Im Laufe des Gesprächs gibt der zweite Wissenschaftler einen entscheidenden Hinweis, der zur Lösung des Problems tatsächlich weiterhelfen kann. Der zweite Wissenschaftler wird unter normalen Umständen nicht auf die Idee kommen, Geld für seinen Hinweis zu verlangen und zwar unter Anderem aus dem Grund, weil ihm der Hinweis nicht wirklich etwas gekostet hat und weil Anerkennung unter Wissenschaftlern Motivation genug ist. Die Open Source-Bewegung und der traditionelle Wissenschaftsbetrieb haben in diesem Punkt also durchaus eine starke Ähnlichkeit.

Die nächste Frage, die man aufwerfen könnte, ist: Kommt dabei etwas qualitativ Hochwertiges heraus, wenn es keine Hierarchien und Filtermechanismen mehr gibt, sondern nur mehr gleichberechtigte Teilnehmer? Gerade, wenn man sich die Diskussionen um Wikipedia oder um Blogs ansieht, wird häufig kritisiert, dass es keine richtigen Qualitätskriterien gibt und man sich auf die Richtigkeit der dort angebotenen Informationen nicht verlassen könne. Hrachovec dazu:

„Man kann an bestimmten Phänomenen und in bestimmten Kontexten feststellen, dass eine große Anzahl von Menschen, die unter bestimmten Bedingungen Ziele des Wissens verfolgen, in einer überraschenden Genauigkeit Information und Wissen besser Produzieren und prozessualisieren als Einzelpersonen, sogar besser noch als einzelne Experten“¹⁸

¹⁶ <http://netzipolitik.org/2008/morgen-wdr5-tagesgesprach-zu-internet-und-demokratie/> (29.12.2008)

¹⁷ [http://philo.at/wiki/index.php/Open_Source_Philosophie_\(Vorlesung_Hrachovec%2C_Winter_2008\)](http://philo.at/wiki/index.php/Open_Source_Philosophie_(Vorlesung_Hrachovec%2C_Winter_2008)) (29.12.2008)

Er tritt der Kritik also entgegen und sagt: In bestimmten Kontexten ist eine Open Source Umgebung viel produktiver als in herkömmlichen Settings. Die große Frage ist, in welchen Kontexten dies der Fall ist.

Ein Beispiel direkt aus dem Open Source Bereich ist das Testen von Software und das Finden von Bugs:

- Eine große Community kann Fehler schneller finden und beheben als ein kleiner Entwicklerkreis.
- Die Motivation der Entwickler steigt, wenn diese die Garantie haben, ihren Code jederzeit individuell verändern und an ihre Bedürfnisse anpassen zu können. Das setzt natürlich voraus, dass der Source Code weiterhin frei für alle zur Verfügung steht.

Der letzte Punkt macht deutlich, dass die Open Source-Bewegung eine neue Sichtweise auf Software geschaffen hat, in der nicht nur ein Endprodukt entsteht, das benutzt werden kann, sondern jeder Benutzer hat alle Mittel in der Hand, um sich das Endprodukt nach seinen Bedürfnissen anzupassen. In diesem Zusammenhang geht Hrachovec auf einen Text von Alexander Knorr¹⁹ ein, mit dem deutlich gemacht wird, dass ethnologisch gesehen jedes Ding eine so genannte Deutungsoffenheit besitzt und dass diese Deutungsoffenheit durch Open Source nun auch bei Software ermöglicht wird:

„Die Open Source Bewegung ermöglicht uns einen neuen Blick darauf, dass wir etwas, was wir normalerweise als Produkte sehen[...], umdeuten können.[...] Ganz simpel gesagt: Das Betriebssystem Windows haben Sie auf ihrem Computer installiert und das müssen Sie auf Gedeih und Verderb verwenden ("Friss oder Stirb"). [...] Die ethnologische Perspektive ist: Normalerweise wird nicht auf diese Weise mit Dingen umgegangen. Normalerweise gibt es eine große Anzahl von unterschiedlichen Praktiken zu sehen, die wir mit Dingen verbinden.“²⁰

Erweiterung der Open Source-Prinzipien

Open Source ist für das Thema Beteiligung aufgrund folgender gesellschaftlicher Entwicklungen interessant:

- das Internet beginnt, in den Alltag der Leute einzufließen; also öffentlich zu werden
- Durch die technischen Rahmenbedingungen der Internettechnologien können Non-Profit-Communities wie die Wikipedia entstehen, die ähnliche Prinzipien des Veröffentlichens, Verlinkens und Teilens wie die Open-Source-Bewegung verwenden. Wenn man sich die Diskussionsseiten einzelner Wikipedia-Einträge ansieht, kann man die Deutungsoffenheit der Artikel und der darin enthaltenen Sätze sehen.
- Wenn die Leute die Vorzüge von transparenten Entwicklungsprozessen immer mehr sehen, entsteht das Bedürfnis und die Diskussion, dies auch bei anderen Bereichen anzuwenden. Clay Shirky²¹ sagt in einem Interview: *„Die Voraussetzung, dass Seiten verlinkt werden können, dass sie leicht gefunden werden können, dass sie leicht*

¹⁸ http://philo.at/wiki/index.php/Benutzer:Blade_Runner/WS08-OSP-E07-21_11_08#.E2.80.9CInfotopia.E2.80.9D_und_.E2.80.9CThe_Wisdom_of_the_Masses.E2.80.9D (29.12.2008)

¹⁹ vgl.: Knorr, Alexander: Die Deutungsoffenheit der Quelle. Online im Internet: http://www.opensourcejahrbuch.de/download/jb2007/OpenSourceJahrbuch2007_online.pdf, S. 59-72 (30.12.2008)

²⁰ http://philo.at/wiki/index.php/Benutzer:Smarti/WS08-OSP-E08-5_12_08#Pointe_von_Knorr (30.12.2008)

²¹ Vgl.: Shirky, Clay: Here Comes Everybody. The Power of Organizing Without Organizations. Land: Verlag, 2008

*abgerufen werden können und dass sie leicht miteinander geteilt werden können: All diese Konzepte wandern nun aus der elektronischen Ebene in die gesellschaftliche. Das entspricht den heutigen Erwartungen der Menschen an ihr Leben. Inzwischen organisieren Menschen ihr Sozialleben um diese Erwartungen herum.*²² Er kommt darauf zu sprechen, dass jeder, der eine Idee hat, eine Organisation bilden kann, die nicht einmal etwas kostet. (z.B. die Initiative von geplagten Passagieren, die in den USA immer öfters mit bis zu 8 Stunden Flug-Verspätung konfrontiert waren. Sie erreichten durch den Blog <http://www.strandedpassengers.blogspot.com>, dass ein neues Gesetz veranlasst wurde, das solche Verspätungen unterbindet.)

Das heißt also: Die Ideen der Open-Source-Bewegung wandern in andere Bereiche aus. Im Folgenden möchte ich einige Beispiele zeigen, in der diese Auswanderung bereits erkennbar ist:

Open Government

a.) Creative-Commons-Lizenz für Regierungsinformationen

Großflächige Hoffnungen gab, wie bereits weiter oben genannt, der neue US-Präsident Barack Obama mit seiner Website change.gov und seinem Vorhaben, die Bürger mehr zu beteiligen. Ein erster Schritt war es, die Inhalte der Website change.gov unter eine Creative-Commons-Lizenz zu stellen und die Leute aufzufordern, dem Präsidenten und seinem Team „ihre Geschichte“ zu erzählen. Viele Internetaktivisten reagierten positiv darauf, fragten sich aber, was das nun tatsächlich bedeutet. Lawrence Lessig veröffentlichte dazu ein kurzes Video, in der der Gedanke zum Ausdruck kommt, dass öffentliche Regierungsinformationen den Bürgern in offenen Formaten und mit offenen Lizenzen zur Verfügung stehen sollen.

Obama hat die Vision öffentlichwirksam verkündet, die Umsetzung ist noch ausständig. In den neuesten Meldungen sieht es aber so aus, dass die Ernennungen der MinisterInnen nicht auf einen großen Wandel hindeuten.

b.) Umsetzungsbeispiel in England

Ein beachtliches Umsetzungsbeispiel für Transparenz und Beteiligung findet sich in England:

Dort gibt es eine Initiative, in der öffentliche Daten den Bürgern zugänglich gemacht werden und in der Vorschläge zur besseren Verwendung der Daten eingebracht werden können. Es handelt sich dabei um „[g]rößere Datenbestände der Landvermessungsämter, aus dem Gesundheitswesen, den lokalen Statistikämtern und dem Umweltministerium[...]“²³

Open Music / Open Movie / Open Literatur

Auch im künstlerischen Bereich finden sich viele den Open Source-Gedanken angelehnte Initiativen:

a.) Jamendo

Die größte Musik-Plattform, in der Creative Commons-lizenzierte Musik kostenlos angeboten wird heißt Jamendo. Es gibt dort bereits über 10 000 Alben.

b.) RIP – A Remix Manifesto

Hierbei handelt es sich um die erste Dokumentation, die auf Basis von Open Source-Zusammenarbeit zustande gekommen ist. Das Thema ist Copyright und die sogenannte

²² <http://www.elektrischer-reporter.de/index.php/site/film/61/> (05.01.2009)

²³ <http://netzpolitik.org/2008/uk-oeffentliche-daten-remixen/> (05.01.2009)

„Remix-Kultur“. Wie man es von Open Source-Projekten erwartet, ist das gesamte Quellmaterial verfügbar und darf verändert werden.

c.) Little Brother

Das unter einer Creative Commons-Lizenz publizierte Buch „Little Brother“ von Cory Doctorow²⁴ beschreibt eine Eskalation von Überwachung durch Technologie-Einsatz und dass - ebenfalls unter Einsatz von Technologie - einige Jugendliche sich das nicht bieten lassen. Dank der CC-Lizenz gibt es das Buch auch als deutsche Fan-Übersetzung.²⁵

Open Education

Ein Bereich, wo der Nutzen für Studierende und Lehrpersonen unmittelbar klar wird, sind Open Education-Projekte, in der Materialien, Skripten, Audio- oder Videomitschnitte zu Lehrveranstaltungen kostenlos und unter einer Creative Commons-Lizenz zur Verfügung gestellt werden. Im Folgenden möchte ich drei Initiativen in diese Richtung vorstellen:

a.) Kapstadt Open Education Declaration:

Hierbei handelt es sich um eine Erklärung, in der deutlich gemacht wird, wie wichtig ein länderübergreifender freier Zugang zu Lehr- und Lernmaterialien ist.²⁶ Ein kleiner Auszug aus der deutschen Übersetzung der Erklärung:

„Die noch junge "Open Education" Bewegung verbindet die alte Tradition Wissen und Ideen gemeinsam zu entwickeln und auszutauschen mit den neuen Möglichkeiten der Vernetzung und Interaktivität, die das Internet bietet. Sie basiert auf dem Grundprinzip, dass jeder die Freiheit haben sollte, Bildungsmaterialien zu nutzen, zu verändern, verbessern und weiterzugeben – ohne Einschränkungen. Professoren, Lehrer, Studenten und viele mehr arbeiten gemeinsam in dieser weltweiten Initiative, mit dem Ziel möglichst vielen Menschen Zugang zu Bildung zu ermöglichen.“

Die Erklärung kann übrigens jeder, der diese Idee unterstützt, auf der Website unterschreiben.

b.) MITOpenCourseWare (MITOCW)

Eine konkrete Umsetzung von Teilaspekten der Open Education Erklärung stellt das MIT mit der Plattform „MITOpenCourseWare“ zur Verfügung.²⁷ Materialien ausgewählter Kurse, die am MIT abgehalten werden, werden digitalisiert, aufbereitet und dann dort veröffentlicht. Diese Materialien stehen wiederum unter einer Creative-Commons-Lizenz, dürfen also zumindest von privaten Nutzern verändert und weitergegeben werden (wenn die Bedingungen eingehalten wurden). Beeindruckend ist die Anzahl der zur Verfügung stehenden Kurse: Zur Zeit 1800.

Es in diesem Zusammenhang interessant ist, ist ein Verbund von Universitäten, der sich Open Course Ware Consortium nennt und in dem prinzipiell jede Universität eintreten kann.²⁸ Die Voraussetzung dafür ist, dass die Universität bereits 10 Lehrveranstaltungen digitalisiert und aufbereitet hat. Universitäten verschiedenster Staaten (Iran, Japan, Korea, China, Russland, Afghanistan) aber auch die Universität in Klagenfurt sind dort beigetreten, teils mit ihren eigenen Plattformen, teils durch Übersetzungsservices.

c.) Philosophische Audiothek

²⁴ Vgl.: <http://craphound.com/> (05.01.2009)

²⁵ Vgl.: http://cwoehrl.de/files/lbdt_v1.pdf (05.01.2009)

²⁶ Zur deutschen Übersetzung der Erklärung vgl.: <http://www.capetowndeclaration.org/translations/german-translation> (05.01.2009)

²⁷ Vgl.: <http://ocw.mit.edu/OcwWeb/web/home/home/index.htm> (05.01.2009)

²⁸ Vgl.: <http://www.ocwconsortium.org/> (05.01.2009)

Ein letztes Beispiel, das tendenziell in Richtung Open Education geht, mit der Deklaration jedoch nichts zu tun hat, ist die Philosophische Audiothek, die im Rahmen eines Forschungsprojekts am Institut für Philosophie an der Universität Wien entstanden ist.²⁹ Dort werden zum einen Vorlesungsmitschnitte aus Lehrveranstaltungen der Philosophie als MP3 angeboten, zum anderen aber auch philosophische Diskussionen oder Kongressmitschnitte. Die Inhalte stehen unter einer Creative Commons-Lizenz.³⁰

Ein Ansatz, der in eine ähnliche Richtung geht, ist Open Access. Dabei geht es um den öffentlichen und freien Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen und Forschungsergebnissen durch Internettechnologien. Aus Platzgründen kann darauf nicht näher eingegangen werden.³¹

Open Everything-Events

Die Open Everything-Events sind ein Versuch, verschiedene Leute, die in offenen Ansätzen involviert oder interessiert sind, zusammenzubringen, um Ähnlichkeiten und Differenzen zu diskutieren.³² Zu den offenen Ansätzen zählen „Open Design, Open Fashion, Open Government Strategien, Open Business Modelle, Open Hardware, Creative Commons, Open Music + Film, Kunstprojekte mit offenem Ansatz, Open Education, Open Event Formate, Open Governance“ etc.³³ Dabei handelt es sich tendenziell um den Versuch, eine Gesprächskultur über offene Ansätze zu etablieren und von den Bildschirmen wegzukommen. Die Events finden an den verschiedensten Orten der Welt statt (USA, Südafrika, Deutschland, England, China,...).

3. Schlussworte

Ich hoffe, mit meinen Beispielen gezeigt zu haben, dass Kontrolle und Datenschutz nicht die einzigen Themen sind, die im Rahmen der Interaktion zwischen Internettechnologien und Gesellschaft relevant sind. Für Politik im Sinne von bürgerlichen Angelegenheiten ergeben sich durch das Internet neue Perspektiven:

- Ein Bürger kann sehr einfach und mit geringsten Kosten eine Community starten und etwas organisieren. (zum Beispiel Widerstand gegen bestimmte Gesetze oder Entscheidungen)
- Das verbindet sich mit dem Aspekt der transparenten Gesellschaft. Die Bürger überwachen das politische Geschehen ihrer Repräsentanten. Dadurch wird unter günstigen Bedingungen das Risiko eines Macht- und Kontrollmissbrauchs reduziert.
- Durch Copy-Left-Lizenzen und Open-Source-Prinzipien wird der künstlerische Bereich der Gesellschaft völlig erschüttert; vielleicht entstehen neue Geschäftsmodelle und neue Möglichkeiten, als Künstler zu überleben.

Der geringe Aufwand zum Bilden einer Community hat jedoch auch Schattenseiten, wie Clay Shirky mit dem Beispiel der Selbsthilfegruppe PRO-ANA deutlich gemacht hat.³⁴ Betroffene der Krankheit anorexia nervosa (Magersucht) verwenden auf ihren Websites die Sprache von Selbsthilfegruppen, stellen die Krankheit aber als positiv dar bzw. klären nicht über die

²⁹ Vgl.: <http://audiothek.philo.at/> (05.01.2009)

³⁰ Und zwar unter dieser: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/at/> (05.01.2009)

³¹ Vgl.: <http://phaidon.philo.at/qu/?p=415> (12.01.09)

³² Vgl.: <http://openeverything.wik.is/> (05.01.2009)

³³ <http://netzpolitik.org/2008/openeverything-berlin/> (05.01.2009)

³⁴ <http://www.elektrischer-reporter.de/index.php/site/film/61/> (05.01.2009)

Risiken auf, die eine solche Krankheit mit sich zieht. Sie sehen Magersucht als eine Lebensart. Als offizielle Selbsthilfegruppe wie die Anonymen Alkoholiker würde PRO-ANA niemals zugelassen. Im Internet kann eine solche Gemeinschaft aber sehr einfach und schnell wachsen. Für Shirky bedeutet das, dass die sozialen Filter- und Kontrollmechanismen der Gesellschaft im Internet abgeschwächt sind. Das ist wohl der Preis, den man für ein bis jetzt noch allgemeines, universales und unkontrolliertes Medium wie dem Internet zahlen muss: Neben gut recherchierten und innovativen Initiativen gibt es auch gesellschaftlich gefährliche oder moralisch bedenkliche oder kriminelle Bewegungen. Dass die Internettechnologien der Auslöser für diese Bewegungen waren, ist aber meiner Ansicht nach ein zu einfach gestricktes Urteil.

Zum Abschluss noch ein Hinweis auf den im Rahmen der Gedankenentwicklung eröffneten Blog: Auf <http://www.alsoknownas.wordpress.com>, finden sich Verweise auf für das Thema relevante Websites, Videoclips, Artikel, Gedanken ... die teilweise in der Ausarbeitung nicht miteinbezogen werden konnten. Außerdem finden sich dort diese Ausarbeitung selbst und die Folien zur Vortragsunterstützung.